

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Bergbau stillgelegt.

Die Arbeitgeberverbände verhindern die Produktion.

Bochum, 7. Mai.

Im Ruhrgebiet liegen sämtliche Zechen still. 450 000 Arbeiter sind erwerbslos. Die großen Montanwerke kündigen ihren Belegschaften Feierlichkeiten an, die Straßen der Städte sind, ähnlich wie während des passiven Widerstandes, ohne Gasbeleuchtung und in den Familien herrscht bitterste Not. Niemand weiß heute, was vielleicht morgen schon die Franzosen unternehmen werden, die auf ihren Schein pochen und die Lieferung der Reparationskohle verlangen.

Mit dieser Aussperrung, der bewußt und planmäßig von den Unternehmern zugestrebt worden ist, ist der Kampf der deutschen Arbeiterschaft um Lohn und Arbeitszeit in ein neues Stadium eingetreten. Ihre ersten Schritten liegen allerdings schon weit zurück. Kurz nach der Beendigung des passiven Widerstandes, am 6. Oktober, fahnten die Bergbauindustriellen den bekannten Beschluß von U n n a, der die Gewerkschaften und ihre Tarife, Löhne und Arbeitszeit mit einem Federstrich zu beseitigen versuchte. Damals war Stinnes noch das führende Haupt, aber er samt seinen Getreuen mußte sich wenige Tage später doch dazu bequemen, in Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten und das Diktat von den Zechentoren verschwinden zu lassen. Jedermann wußte indes, daß die gescheiterte Kraftprobe bei nächster Gelegenheit wiederholt werden würde, und es scheint, daß dieser Augenblick jetzt gekommen ist.

Die Zechenindustriellen erklären, es sei notwendig, die Löhne der Arbeiterschaft herabzusetzen, dafür aber die tarifliche Arbeitszeit von 7 auf 8½ bzw. von 8 auf 10 Stunden auszuweiten, weil die Ricumverträge den Ruhrbergbau angeblich bis zur Unrentabilität besäßen. Dabei aber wissen die Unternehmer nur zu genau, daß ihre Selbstkostenberechnungen arge Fehler enthalten und die Rentabilität der Zechen heute als gegeben angesehen werden kann, und sie wissen weiter, daß die Löhne der Bergarbeiter seit länger Zeit weit unter dem Niveau anderer Berufe liegen. Außerdem weisen selbst die amtlichen Statistiken nach, daß die Arbeitsleistung der Bergarbeiter den Friedensstand beinahe erreicht hat, was wohl in keinem anderen Kohlen produzierenden Lande der Welt der Fall ist.

Das Antreiberystem, das die Unternehmer während der letzten Monate rücksichtslos zur Anwendung gebracht haben, der unbedingte Herr-im-Hause-Standpunkt des Rechenkapitals mit all seinen Folgen hat zu einer maßlosen Erbitterung der Arbeiterschaft geführt. Das Ergebnis der Reichstagswahl ist nur ein Symptom jener Psychose, von der die Massen hier erfaßt sind. Diese Erbitterung, die ihren Anfang nahm, als Stinnes und Klöcker die Franzosen um die Beseitigung des Achtstundentages bittelten und die Arbeiter erkannten, welcher Verrat an ihnen verübt wurde, mußte sich im weiteren Verlauf der Verhältnisse bis zur Explosion steigern.

Das Zechenkapital erklärte sich durch die Unterzeichnung der Ricum-Verträge zur Erfüllungspolitik bereit — aber die Arbeiter sollten die Kosten tragen. Und die Arbeiter, erschöpft von den Opfern langer Arbeitslosigkeit, beugten sich. Löhne und Arbeitszeit wurden im Sinne der Zechenbesitzer geregelt, die Ausbeutung beispiellos gesteigert. Die Unglücksfälle nahmen im selben Verhältnis zu wie die Verelendung wuchs. Als endlich die Zustände unerträglich geworden, reichten die Verbände Lohnforderungen ein. Das war am 27. März. Auf diese Lohnforderung, die 30 Proz. betrug, antwortete am 28. März ein Rundschreiben des Zechenverbandes, in welchem die Unternehmer für niedrige Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Einbeziehung der Arbeitsfrage in den Manteltarif eintraten, während die Verbände erklärten, daß die Frage der Ueberarbeit ausschließlich als besondere Vereinbarungen betrachtet werden dürften. Die Unternehmer erklärten am 29. März, jede Verhandlung über eine Lohnerhöhung müsse von ihnen abgelehnt werden, der Bergbau sei unrentabel. Dasselbe versuchten sie zur selben Zeit den Franzosen zu beweisen, mit denen sie sich in Verhandlungen wegen der Ricum-Verträge befanden. Indessen erklärten sie sich später zu Verhandlungen doch bereit und reichten am 4. April Abänderungsvorschläge zum Rahmentarif ein, der am 1. Mai abließ. In diesen Vorschlägen war die Beseitigung der Siebenstundenschicht, die Herabsetzung des Mindestlohnes, gänzlicher oder teilweiser Fortfall sozialer Zulagen und anderes mehr vorgesehen. Die schleppenden Lohnverhandlungen wurden endlich am 23. April durch einen Schiedspruch beendet, dessen Ergebnis die Arbeiter, um nicht neue Schwierigkeiten über das Ruhrgebiet kommen zu lassen, trotz eines scharfen Protestes annahm. Nicht so die Unternehmer: sie lehnten den Schiedspruch als untragbar ab und erklärten, sich auch dann nicht ihm beugen zu wollen, wenn er für verbindlich erklärt werden sollte.

Inzwischen war auch die Frage der Arbeitszeit und des Rahmentarifs in ein entscheidendes Stadium getreten. Am 24. April erfolgte die Kündigung des Ueberarbeitsabkommens durch die Arbeiter, dem die Kündigung

der Unternehmer auf dem Fuße folgte. Verhandlungen am 26. April blieben erfolglos, worauf am 28. April durch das Zwangsschlichtungsverfahren ein Schiedspruch gefällt wurde, der die Arbeitszeit unter Tage wiederum auf 8 Stunden festsetzte und weiter bestimmte, daß die verlängerte Arbeitszeit bis zum 8. Oktober Geltung haben sollte. Um den Parteien genügend Frist für die Rahmentarifverhandlungen zu geben, wurde der alte Tarif bis zum 1. Juni verlängert.

Dieser Schiedspruch wurde von den Verbänden am 30. April durch Revierkonferenzen abgelehnt. Die Bergarbeiter erklärten, sie würden erst dann über eine eventuelle Ueberarbeit verhandeln, wenn vorher der Manteltarif und die Fragen der Knappschafftsangelegenheiten zur Erledigung gebracht würden. Im übrigen wurden durch einen Aufruf vom 3. Mai die Bergarbeiter aufgefordert, nach 7 bzw. 8 Stunden die Betriebe zu verlassen, weil das vorschrittsmäßig gefundene Mehrarbeitsabkommen am 1. Mai abgelaufen und nunmehr die alte tarifliche Arbeitsordnung wieder in Kraft getreten war, welche die Schichtzeit für die Untertagearbeiter auf 7 Stunden begrenzte. Schon am 1. Mai hatte der Zechenverband die Arbeitsordnung zum 31. Juli gekündigt, worauf zu erwarten war, daß er bis dahin sich dem Tarif unterordnen werde. Das geschah jedoch nicht, vielmehr ließ er plötzlich bekanntgeben, daß trotz des abgelaufenen Ueberarbeitsabkommens länger gearbeitet werden müsse. Nach seiner Ansicht bestand die Mehrarbeit auch jetzt noch zu recht, welcher staunenswerten Auslegung der Arbeitsordnung sogar Dr. Brauns beitrug, der am 3. Mai den Schiedspruch vom 28. April nicht nur noch wesentlich zugunsten der Arbeiter verklärte, sondern seinen Entscheid zugleich auch für verbindlich erklärte. Diese ungläubliche Entscheidung — am Vorabend der Reichstagswahl! — mußte den Konfliktstoff zur Entzündung bringen. Die Unternehmer frohlockten und rüsteten zur Aussperrung, die Verbände beriefen sofort neue Revierkonferenzen zusammen, nachdem sie vorher in einem neuerlichen Aufruf die Bergarbeiter aufgefordert hatten, nicht länger als 7 Stunden zu arbeiten, weil lediglich die Arbeitsordnung bis zum 1. August Geltung habe, nachdem der Manteltarif und das Arbeitsabkommen abgelaufen waren. Der verbindliche Schiedspruch des Reichsarbeitsministers wurde durch die Revierkonferenzen am 5. Mai von den Verbänden abgelehnt, worauf noch am selben Tage die Zechenindustriellen sämtliche Schächte stilllegten und die Arbeiter auf das Pflaster warfen.

Die Kommunisten benutzen diesen schweren Kampf der Bergarbeiter, um auch an ihm ihre politische Bettelstuppe zu wärmen. Eine Revierkonferenz der „Union“ hat am 5. Mai den Generostreik beschlossen, welche Tatsache von der Unternehmerpresse entsprechend behandelt wird. Die Blätter des Grubenkapitals verjüden, den von den Unternehmern herausbeschworenen Kampf als eine Folge der Taktik der Gewerkschaften darzustellen, die angeblich den „Streik“ wollten. Dabei handelt es sich hier um keinen Streik, sondern um eine gigantische Aussperrung mit dem Ziele, den Achtstundentag auf der ganzen Linie endgültig zu beseitigen und die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein unerträgliches Minimum zu reduzieren.

Vorausichtlich werden heute oder morgen schon neue Schlichtungsverhandlungen stattfinden. Der Reichsarbeitsminister befindet sich bereits im Westen und man kann nur wünschen, daß ihm eine bessere Einsicht kommt als am 3. Mai, und daß es gelingt, den gewaltigen Kampf zu beenden, noch ehe die Folgen eine neue Katastrophe über das vielgeprüfte Ruhrgebiet gebracht haben.

Kurt W u r b s.

Die Schuld der Zechenbesitzer.

Die Hugenbergpresse arbeitet nach bewährtem Muster, um die ausgesperrten Bergarbeiter ins Unrecht zu setzen. In der heutigen Morgenausgabe des „Berliner Lokalanzeiger“ wird zunächst von einem „Streik“ der Bergarbeiter gesprochen. Lieber die Ursachen des Konfliktes, der zur Aussperrung der Bergarbeiter geführt hat, finden unsere Leser an anderer Stelle die genauen Angaben.

Der „Lokal-Anzeiger“ behauptet weiter, daß die Bergarbeiter gegenwärtig in allen Revieren höhere Löhne als vor dem Kriege hätten. In Wirklichkeit war nach amtlichen Feststellungen im Ruhrgebiet der Durchschnittslohn der Bergarbeiter vor dem Kriege 5,60 Mk. pro Schicht. Vor dem letzten Schiedspruch betrug der durchschnittliche Tariflohn 4,80 Mk. Er ist durch den Schiedspruch um 15 Proz., also auf 5,52 Mk. pro Schicht erhöht worden. Der Durchschnittslohn beträgt also noch nicht ganz soviel wie vor dem Kriege. Da aber die Lebenshaltungskosten heute erheblich über denen der Vorkriegszeit liegen, und zwar nach der amtlichen Statistik um 14 Proz., ist der Reallohn der Bergarbeiter auch nach dem Schiedspruch erheblich niedriger als vor dem Kriege. Wenn der „Lokal-Anzeiger“ weiter behauptet, daß die Unternehmer trotz der schwierigen Wirt-

schaftslage die Löhne um 15 Proz. erhöht haben, so genügt es, daran zu erinnern, daß die Zechenbesitzer den Schiedspruch in Wirklichkeit abgelehnt hatten.

Es wird dann eine Rechnung aufgemacht, wonach die Löhne zum Teil 13 Proz. über den Vorkriegsstand sich befinden, der Ruhrbezirk unter Selbstkosten verkaufe, in den übrigen Revieren die Selbstkosten nicht vom Verkaufserlös gedeckt werden, während die Leistung erst 70 bis 75 Proz. im Vergleich zu 1914 erreicht hätte. In Wirklichkeit ist auch nach den Angaben der Zechenbesitzer im Ruhrgebiet die Arbeitsleistung heute bereits so hoch wie vor dem Kriege. In Niederschlesien beträgt sie 84 Proz., in Oberschlesien 85 Proz. und nur in Sachsen etwa 70 Proz. der Vorkriegsleistung. Wenn im Braunkohlenbergbau die Lage etwas ungünstiger geworden ist, so liegt das an dem Steigen des Deckgebirges, aber nicht an dem Zurückgehen der Förderungsleistung.

Richtig ist, daß die Materialpreise weiter angezogen haben und daß die hohen Bankzinsen die Produktion schwer belasten. Aber daran sind nicht die Arbeiter schuld, und es wäre Sache der Unternehmer und der Reichsregierung, gegen diese ungerechtfertigte Belastung der Wirtschaft vorzugehen. Wenn weiter auf die hohe Belastung durch die Ricum-Verträge hingewiesen wird, so ist zu erwidern, daß man den Bergarbeitern nicht zumuten kann, die Lasten der Ricum-Verträge allein zu tragen. Gerade deshalb tritt die Sozialdemokratie dafür ein, daß gemäß den Vorschlägen der Sachverständigen die Wirtschaftshoheit Deutschlands über das besetzte Gebiet wiederhergestellt wird und die Reparationslasten vom Reiche übernommen werden. Die Zechenbesitzer aber haben, statt den Verhandlungsweg zu beschreiten, durch ihre Aussperrung einen für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands schweren Konflikt hervorgerufen, der sich in kurzer Frist in der Gesamtproduktion auswirken muß.

Erklärung der Bergarbeiterverbände.

Zu den bereits bekannten Konferenzbeschlüssen geben die unterzeichneten Verbände folgende Erklärung:

Bisher sind die Lasten aus den Ricum-Verträgen für den Bergbau in der Hauptlage von den Bergarbeitern getragen worden. Seit Dezember leisten die Bergarbeiter des Ruhrgebietes unter Tage eine Stunde, über Tage zwei und mehr Stunden Ueberarbeit. Nur unter dem Zwang der Verhältnisse haben sie dieses große Opfer gebracht, in der sicheren und berechtigten Erwartung, daß nicht nur die allgemeinen Arbeitsbedingungen, sondern auch die Löhne sich in einer Weise entwickeln würden, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Diejenigen berechtigten Verlangen ist aber in keiner Weise entsprochen worden.

Im Dezember und Januar wurde der Lohn um die 25 Proz. betragende Teuerungszulage gekürzt. Dieser Reduzierung des Lohnes steht gegenüber, daß die Leistung je Mann und Schicht nach eigenen Angaben der Unternehmer bis einschließend März um rund 35 Proz. gestiegen ist. Hand in Hand mit dieser Lohnrückerei der Unternehmer ging eine Behandlung der Arbeiter, wie sie schlimmer kaum jemals vorher zu verzeichnen war. Unter Nichtachtung tariflicher Bestimmungen haben die Unternehmer den Bergleuten den vertragsmäßigen Urlaub verweigert, die Deputatkohlenpreise vertragswidrig erheblich erhöht, viele alte, bewährte Arbeiter entlassen, die Betriebsräte in ihrer gesetzlichen Tätigkeit behindert und nach jeder Richtung die bittere Notlage der Bergarbeiter-schaft ausgenutzt.

Verhandlungen über die durch die Notlage der Bergarbeiter-schaft unbedingt gebotene Lohnforderung der Verbände ab 1. April wurden von den Unternehmern glatt abgelehnt. Durch Schiedspruch vom 23. April wurden 15 Proz. Lohnerhöhung ab 15. April zugestanden. Der Schiedspruch vom 28. April brachte erneut eine Verlängerung der Ueberarbeit bis 1. November, während der Manteltarif nur bis zum 31. Mai verlängert wurde. Beide Schiedsprüche wurden am 3. Mai in Hamm durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt, aber mit Abänderungen. Wir bestreiten die Rechtsgültigkeit dieser Entscheidung, weil der § 25 der Schlichtungsordnung ausdrücklich bestimmt, daß eine Verbindlichkeitserklärung mit Aenderung des Schiedspruchs nur erfolgen darf, wenn die Parteien zustimmen. Eine solche Zustimmung hat nicht vorgelegen.

Die Konferenz kam auch deshalb zu dem betamten Ergebnis, weil die Lohnerhöhung erst vom 1. Mai statt vom 15. April gewährt werden soll. Ebenso entscheidend für die Haltung waren die monatelange Verschleppung der Rahmentarifverhandlungen und die Weigerung, einen angemessenen Deputatkohlenpreis zu vereinbaren. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Haltung der Bergarbeiterverbände war ferner die Aussperrung der Bergleute sofort nach Ablauf der bestehenden Verträge und Vereinbarungen. Nachdem der Manteltarif und das Abkommen über die Mehrarbeit abgelaufen, die Verbindlichkeitserklärung

vom 3. Mai als rechtsunwirksam zu betrachten ist, gilt laut Arbeitsordnung nur noch die im bisherigen Manteltarif festgesetzte Schichtzeit von sieben Stunden unter Tage bzw. die achtfundzwanzigstündige Arbeitszeit über Tage. Zur Einhaltung dieser Schicht- bzw. Arbeitszeit haben die Bergarbeiterverbände aufgefördert. Die Bergarbeiter sind dieser Aufforderung gefolgt. Die Zechenbesitzer haben jedoch die Arbeiter zu dieser Schichtzeit nicht zugelassen, sondern teilweise ihre Betriebe geschlossen. Zur Verschärfung des Konflikts hat auch das weitere Verhalten der Unternehmer beigetragen. Die Bergarbeiterverbände teilten am Montag, den 5. Mai, vormittags dem Zechenverband mit, daß am nächsten Tage die Konferenzen der Bergarbeiterverbände zu dem Verhandlungsergebnis von Homm Stellung nehmen würden. Trotzdem wurden bereits am Montag, den 5. Mai, und Dienstag, den 6. Mai, vor den Konferenzen, die Bergarbeiter ausge-sperrt.

Die Unternehmer behaupten nach Mitteilungen in den heutigen Tageszeitungen, daß sie die Aussperrung erst am 6. Mai von 6 Uhr abends ab als Antwort auf die Beschlüsse der Bergarbeiterkonferenz angeordnet hätten. Das entspricht nicht den Tatsachen. Der Beschluß des Bergarbeiterverbandes wurde erst gegen 6 1/2 Uhr, der des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und der übrigen Verbände erst nach 9 Uhr bekannt.

Die Stellungnahme der Bergarbeiterverbände ist nach alledem begründet und gerechtfertigt. Für die aus dem Konflikt entstehenden Folgen müssen sie die Verantwortung ablehnen.

Essen, den 7. Mai 1924.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Ruhrrevier).

Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Gewerkschaft h.-D., Abteilung Bergarbeiter.

Polnische Berufsvereinigung.

Der desavouierte Reichsarbeitsminister.

Berlin, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die vier Bergarbeiterkommissionen veröffentlichten folgende Erklärung: In der Presse veröffentlichte der Zechenverband ein Telegramm des Reichsarbeitsministers in dem behauptet wird, die Bergarbeiterverbände hätten dem Ergebnis der Verhandlungen am 3. Mai in Hamm zugestimmt. Das Telegramm des Zechenverbandes sagt u. a.: „Bergarbeiterverbände legen Wert auf vertrauliche Behandlung ihrer Zustimmung zum Verhandlungsergebnis vom 3. Mai vor Stellungnahme der Revierkonferenzen. Demgegenüber stellen wir fest: Die Bergarbeiterverbände haben ihre Zustimmung zu dem Hammer Verhandlungsergebnis nicht gegeben. Sie konnten deshalb auch keinen Wert auf vertrauliche Behandlung der angeblichen Zustimmung geben. Die in Hamm anwesenden Vertreter der Verbände haben im Gegenteil das Verlangen des Reichsarbeitsministers, sich zu verpflichten, in ihren Organisationen für die Annahme des Ergebnisses sich einzusetzen, entschieden abgelehnt. Das Telegramm des Reichsarbeitsministers steht in diesem Punkt mit der Wahrheit im schärfsten Widerspruch. Die Veröffentlichung des Telegramms ist eine unerhörte Verfälschung der öffentlichen Meinung.“

Die Ausdehnung der Aussperrung.

Berlin, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der gesamte Ruhrbergbau liegt still. Nach den Feststellungen der Verbände sind heute morgen von der gesamten Belegschaft 89 Proz. ausgesperrt. 11 Proz. befinden sich, entsprechend der Parole der Unionisten und der Kommunisten, im Streik.

Breslau, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Durch Eingreifen der Kommunisten ist der Konflikt auch auf die Metallindustrie übergegangen. Die Belegschaften sind bei dieser Beschlußfassung ausgeschaltet worden. Wie weit der Metallarbeiterstreik tatsächlich zur Durchführung kommt, erscheint heute noch zweifelhaft, da bisher erst in einem Teil der

Betriebe die Arbeit ruht. Von kommunistischer Seite wird auch der Versuch gemacht, die Eisenbahnarbeiter zum Anschluß an den Streik zu bewegen, doch dürften hier die Streikaussichten noch schlechter stehen wie bei den Metallarbeitern. Die dauernde Scharfmacherpraxis der oberösterreichischen Arbeitgeber beginnt ihre Früchte zu tragen.

Berlin, 8. Mai. (B.Z.) In der Streiklage auf den oberösterreichischen Gruben ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Auf einer Grube sind etwa 30 Proz. der Belegschaft wieder eingeschifft. Von den Hüttenbetrieben haben die Dehlschmelze in Hindenburg die Arbeit wieder aufgenommen, dagegen sind Sulfenöhütte und Niederhütte neu in den Streik getreten.

Reichskanzler Fürst Bülow. Deutschnationale Pläne.

Ueber die Absichten der Deutschnationalen weiß die „Germania“ Mitteilungen zu machen, die viel beschwerlicher klingen als „das große Wunder“, das Herr Hergt als Folge einer Rechtsregierung angekündigt hat. Das Zentrum-Blatt meint, Hergts Bekenntnisse seien nur ein Teil des nach den Wahlen stark verworkferten Programms der Deutschnationalen gewesen und erzählt weiter:

Während sie bisher darauf bestanden, daß der Kanzler aus ihren Reihen entnommen werden müsse, heißt es jetzt, man würde sich auch mit einem Mann begnügen, der nicht direkt der Partei angehöre. In diesem Zusammenhang wird der Name des früheren Reichskanzlers Fürsten Bülow genannt, den die Deutschnationalen als künftigen Kanzler ins Auge gefaßt haben. Von der Kanzlerkandidatur des Herrn Wallroff, der früher häufiger genannt wurde, hört man nichts mehr. Die Deutschnationalen bestehen, wie man weiter hört, auf den Posten des Außenministers, für den sie ursprünglich Hefferich vorgesehen hatten; aber auch nach dessen Tode sind sie nicht gewillt, auf dieses wichtige Amt zu verzichten. Sonst aber wollen die Herrschaften mit sich reden lassen und von ihrem schönen Programm allerhand Abstriche machen. Der Antrag auf Neuwahl des Reichspräsidenten soll vorläufig zurückgestellt werden. Sie wollen so lange mit Herrn Ebert arbeiten, als er, um einen in deutschnationalen Kreisen zirkulierenden Ausdruck zu gebrauchen, die „Maßnahmen der neuen Regierung nicht sabotiert“. Auch die Flagenfrage soll vorläufig nicht angeschnitten, sondern drei bis vier Monate „verjagt“ werden. Die Forderung, daß vor Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung die Koalition in Preußen aufgelöst werden müsse, wollen die Deutschnationalen ebenfalls fallen lassen. Sie hoffen, daß vor allem die preussische Fraktion der Deutschen Volkspartei von selbst zur „Einigkeit“ kommen und die Verbindung mit den „Margiten“ lösen werde.

Das sind jedenfalls Auffassungen, die in maßgebenden deutschnationalen Kreisen eine Rolle spielen. Bestimmend dabei ist das Bestreben, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, mit der sie regieren können. Daß das ohne Koalition mit anderen Parteien nicht geht, sehen natürlich auch die Deutschnationalen ein. In einflussreichen Kreisen dieser Partei hofft man auf eine Regierungsbasis, die sich aus Deutschnationalen, Zentrum und Deutscher Volkspartei zusammensetzt. Die Demokraten möchte man nicht gerne in die Koalition einbeziehen, ebensowenig die Deutschen Sozialisten, aber man glaubt, eine Politik treiben zu können, die die wohlwollende Unterstützung oder zum mindesten die Neutralität dieser beiden Parteien findet.

Die Bestimmtheit, mit der die „Germania“ ihre Mitteilungen macht, läßt darauf schließen, daß nach dieser Richtung mit dem Zentrum bereits Fühlung genommen worden ist. Ihrerseits erklärt die „Germania“, das Zentrum denke nicht daran, sich vor den Wagen der deutschnationalen Sieger spannen zu lassen, es verlange, daß der bisherige Kurs der Außenpolitik weitergeführt werde. Die Deutschnationalen bildeten sich ein, daß es ohne sie nicht ginge und vergaßen, daß es noch andere Möglichkeiten gäbe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt heute auf Hergts Erklärung zurück. Sie stimmt der Auffassung des „Vorwärts“ zu, daß Deutschland zu Verhandlungen nicht über

den sachlichen Inhalt der Sachverständigenvorschläge, sondern nur über die Ausführung eingeladen sei, kommt aber zu einer anderen Schlussfolgerung als wir: eben darum sei das Gutachten unannehmbar.

Beide maßgebende Organe der Deutschnationalen, „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ — von der „Deutschen Zeitung“ gar nicht zu reden — vertreten also in der entscheidenden Frage der Außenpolitik eine wesentlich andere Auffassung als der deutschnationale Parteivorstand.

Die deutschnationalen „Sieger“ wissen nicht mehr, ob sie Fisch oder Fleisch, Männchen oder Weibchen sind. Und von der Führung der Reichsgeschäfte durch die verpöcht Herr Hergt — ganz ähnlich wie einst Wilhelm II. verpöcht, Deutschland „herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen — „das große Wunder“!

„So siehst du aus!“ sagt man in Berlin.

Die „Nationalliberalen“.

Wie Marecki unter den Schneefam.

Der „Pressediener der Deutschen Volkspartei“, der sich immer noch „Nationalliberale Korrespondenz“ nennen läßt, wird gegen die sogenannten „Nationalliberalen“ um Marecki und Bersner ausnehmend boshaft. Er erinnert daran, daß Marecki — der jetzt bei der Hergt-Partei endet — noch am 16. April an seinen Anhang schrieb:

„Was nun die Verhältnisse in unserem Wahlkreis Potsdam I anbelangt, so kann nicht mehr bestritten werden, daß die Wahlausichten des Herrn Schnee, nachdem ich aufgestellt bin, völlig geschwunden sind.“

Das Ergebnis aber war so: Dr. Schnee, der frühere Gouverneur von Kamerun — erhielt als volksparteilicher Spitzenkandidat 68 000 Stimmen, während Marecki — trotzdem ich aufgestellt bin! — nur 8000 erhielt. Er ist also weit unter Herrn Schnee geblieben!

Mit Recht beschwert sich die Volkspartei auch über die unwahrscheinliche Art, wie in der Reichspresse der abgespalteneren „Nationalliberalen Vereinigung“ eine Bedeutung angedichtet wird, die sie tatsächlich gar nicht hat. Die „Nat. Corr.“ schreibt darüber:

„Aus durchsichtigen Gründen melden die Organe der Schwerindustrie in ihren Wahlkreisen immer wieder die Wahl von 9 oder 10 Vertretern der Nationalliberalen Vereinigung.“ Tatsächlich sind die rund 368 000 Stimmen, die in der Reichspresse in dieser Weise der N.L.V. zugerechnet werden, zu über 90 Proz. Stimmen des Landbundes, der in vier Wahlkreisen mit eigenen Listen vorging. Die sog. Nationalliberale Vereinigung hat dazu in acht Wahlkreisen ganze 3 708 Stimmen beigegeben. Da Dr. Marecki auf der Reichsliste des Landbundes an erster Stelle stand, ist er mit den Stimmen der Landbündnisse gewählt, während v. Bersner ausfällt.“

Der Fall Marecki-Bersner zeigt übrigens mehr als deutlich, welche jämmerliche Bedeutung die schwerindustriellen Kandidaten tatsächlich haben, wenn sie offen als Vertreter ihrer Arbeitgeber hervortreten. Nur wenn sie ihre wirkliche Interessenpolitik in nationale, liberale und sonstige Phrasologien einwickeln, können sie Stimmen fangen. Dies Einwickeln haben andere besser verstanden, als die Quack und Bersner, die Marecki und Schnee.

Die „Aucherfüller“.

Bölkische Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Brandenstein ist, wie wir bereits meldeten, mit der erheblichen Mehrheit von zwei Stimmen wieder zum Ministerpräsidenten von Brandenburg-Schwern gewählt worden. Auch die Minister Stömer und von Derjen wurden wiedergewählt.

Es erhebt sich nun die Frage, was weiter geschehen wird. Die Deutschnationalen haben erklärt, die Person Brandenstein sei für sie wegen seiner Erfüllungspolitik untugbar. Sie haben deshalb das Kabinett Brandenstein gestürzt. Die Deutschnationalen haben Brandenstein trotzdem dem Landtag wieder als Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Das war eine Provokation der Deutschnationalen. Die Deutschnationalen sind jederzeit in der Lage, Brandenstein von neuem zur Strecke zu bringen. Sie müßten es tun, wenn sie es mit ihrem Kampf gegen die Erfüllungspolitik ernst meinen. Unterlassen sie es, den Hochhandelschuh aufzunehmen, dann

Thermische Strahlen.

Von Hans Bauer.

Die englischen Zeitungen halten von dem Ruhre eines Ingenieurs wider, dem es gelungen ist, elektrische Energie an Lichtstrahlen entlang zu leiten. Er hat mit Hilfe dieser Strahlen vor einem sachverständigen Publikum einen Motor zum Stillstand gebracht, eine Maus auf der Stelle getötet und eine Fußertabung entzündet. Nach seiner Behauptung vermag er durch bloßes Bestrahlen eine Bombe im Radius von etwa 80 Kilometern zu schaffen, in der jedes Leben umgibt wird.

Es kann sein, daß diese Meldungen übertrieben sind. Es kann sein, daß, wenn sie es nicht sind, ein anderer Erfinder schon daran ist, einen Bonger zu erfinden, der für heute und morgen die Wirkung der Strahlen paralytisch: gewiß ist, daß in einem Zukunfts-krieg der Tod nach über ganz andere Hilfsmittel verfliegen wird als im Weltkrieg. Aber selbst wenn dies nicht gewiß wäre, hätte schon die rein theoretische Möglichkeit, daß solche Todesstrahlen erfunden werden könnten, genügend Anlaß, sich mit der Wirkung ihrer Verwendung zu befassen.

Man stelle sich vor: Eine Division Soldaten, ausgerüstet mit Stahlhelmen, Gewehren, Gasmasken, mit allen Erfahrungsergebnissen des letzten Krieges, rückt gegen die Landesgrenze vor. Plötzlich sinkt diese Division, die Leutnants, die Feldwebel, die Musikanten, die Pferde, die Sanitätshunde, plötzlich sinkt die ganze Division wie vom Zaubertrabe berührt, tot nieder. Kein Laut ist hörbar geworden, kein Granatenschießen, kein Widerhall der Abschuße. Keiner hat im Augenblick seines Zusammenbrechens das Woher und Wo-durch erkannt. Argendwo war der Apparat eingeschaltet worden. Ein Aufseher? Ein schnelles Abtauen: Die Division war erledigt. Entschuldig?

Rein: nicht entschuldig. Viel weniger entschuldig als früher. Denn es wäre ja gar nicht zu dem Hinfallen der ganzen Division. Eine Personengemeinschaft, die mit solchen thermischen Strahlen, wie sie der Entdecker nennt, solche Wirkung ausüben könnte, die brauche sie nicht auszuüben. So wenig, wie der Schatzmann den ertrunkenen Einbrecher auf der Stelle niederschleichen braucht. Das Anlegen des Revolvers genügt. Es genügt die Einsicht des Einbrechers, daß er getötet werden würde, wenn er jetzt anders handelte als es der Schatzmann verlangt.

Krieg bedeutet die jetzt Kampf, Willen, den an sich zweifelhaften Ausgang zu einem günstigen zu gestalten. Die thermischen Strahlen würden dem Krieg den Kampfcharakter nehmen und ihm einen Exekutioncharakter verleihen. Sie würden ihn also praktisch unmöglich machen. Das böse Vorhandensein der Strahlen würde genügen, über Sieg und Niederlage zu entscheiden.

Es kann kein Zweifel sein: Wir nähern uns einem Zeitpunkt, da die Tüte der Technik, auf die Spitze getrieben, sich überschlägt, da das Maschinenzeitalter sich selbst widerlegt. Die Maschinenindustrie hatte einen bedingten Sinn, solange sie Waffen schuf, die die Tötung des Menschen immer mehr erschwerten. Auf dem Spielplatz ihrer Entwicklung angekommen, ist hier die Tötung einer beliebigen Per-

sonenzahl die Angelegenheit eines Knopfdrückens geworden. Da hat sie ihren Sinn verloren. Sie liefert nicht mehr die Waffen zur Entscheidung, sie ist zur Entscheidung geworden. In einem Zustand, wo alle seelischen Momente einer Truppe bedeutungslos geworden sind gegenüber der Beschaffenheit ihrer Waffe, in einem Zustand äußerster Hilflosigkeit der Maschine, macht sich die Antithese geltend. Der Mensch, bisher eingepannt in den widerstreitenden Wirbel seelischer Empfindungen und nüchlicher Erwägungen, Antreiber der Maschine und ihr Getriebener, hat sich von ihr dadurch befreit, daß er sich ganz zu ihrem Erlaunen machte. Im Zeitpunkt, da der Todes-mechanismus die letzte Krone aufgesetzt wird, kommt es wieder, kommt es ganz allein auf die Bestimmung an. Im Herzen des Besitzers der Maschine liegt die Entscheidung darüber begraben, wieviel Divisionen, wieviel Armeekorps er in den Tod schießt.

Wir können Herrn Grundel-Matthies nicht böse darüber sein, daß er den Zeitpunkt näher gerückt hat, da die allzu billige geworden, die dem Belieben anheimgestellte Todesverhängung keinen Anreiz mehr hat, da der Tod wird wie Brombeeren zu haben sein. Auch können wir ihm nicht zürnen, daß er ein Engländer und kein Deutscher ist. Nur effizientere Chauvinisten können übersehen, daß es um anderes geht als um die Ausnutzung einer Erfindung für nationale Zwecke, die heute von den Angehörigen des einen Volkes gemacht, morgen von Angehörigen der anderen Völker wird wiederholt werden.

Wenn die Besten und im tiefsten Sinne Patriotischen aller Völker lange schon eingesehen haben, daß die Ehre eines Volkes mit seinem Waffenruhm, ja mit seinem physischen Ruhm so wenig identisch ist, wie die Ehre eines einzelnen mit seinem Erfolge in einem Duell, so war die Folgerung daraus zumellen durch die Tatsache gerührt, daß für die Befriedigungslage der Waffengattung immerhin die höchste Appellationsinstanz war. Diese Funktion werden die thermischen Strahlen ihn künftig entziehen. Sie sind die effektivste Manifestation der Bestochtheit dieses Gerichtshofes, seiner absoluten Inkompetenz für jeden nur möglichen Streit.

Die großartigste Uebersteigerung der Todesstrafe bedeutet ihre praktische Unanwendbarkeit. Der Besitz der Formel für die augenblickliche Exekution von Millionen, macht es zum Unsin, dem einzelnen ein Haar zu krämmen.

Wir nähern uns dem Zeitpunkt der Krieglosigkeit. Vielleicht ist es sogar schon da. Nicht als Ergebnis der Durchdringung der Menschheit mit positivistischer Gesinnung, als Ergebnis zersetzender Kampfmaschinen wird es der Erde in den Schoß fallen, sondern als Ergebnis des äußersten Fortschrittes der Kriegesgesinnung und der höchsten Vollkommenheit ihrer Apparate.

Die Reinhardt-Bühnen umfassen von nächster Spielzeit ab das Deutsche Theater, die Kammertheater und das neue am Kurfürstendam im Bay befindliche Theater, dessen Titel noch nicht feststeht. Die Dispositionen für die neue Spielzeit sind nunmehr beendet und Leistung, Regie und Ensemble legen sich wie folgt zusammen: Die künstlerische Gesamtleitung übernimmt Max Reinhardt. Seine erste Inszenierung wird Anfang September die Eröffnungsvorstellung in dem neuen am Kurfürstendam gelegenen

Theater sein. Im Anschluß daran wird er im Deutschen Theater „Der Hofmeister“ von Lessing und ein klassisches Werk inszenieren. Die Direktion führt Karl Rolin. Die Oberregie hat Erich Engel, der auf mehrere Jahre verpflichtet wurde und dessen erste Regieaufgabe die Uraufführung von Carl Zuckmayers „Kittchen“ und eine „Hamlet“-Inszenierung sein werden. Als Regisseure werden neben Max Reinhardt und Erich Engel tätig sein: Bert Brecht, Paul Bildt, Richard Berner, Bernhard Heild, Heinz Herald, Martin Kerd, Erich Korb, Carl Zuckmayer. Ferner haben Max Galsborff und Fritz Kortner einige Inszenierungen übernommen. Das darstellende Personal besteht u. a. aus den Damen: Elisabeth Bergner, Emilie Binder, Margarethe Christians, Elise Edersberg, Gertrud Eysoldt, Maria Fein, Elise Lehmann, Margarethe Kupfer, Gerda Müller (mit Uraufgengenehmigung des Staats-Theaters), Sophie Vagan, Alie Schjöl-Wassermann, Dagny Sernoos, Johanna Terwin, Helene Thimig und den Herren Albert Wassermann, Paul Bildt, Hans Brausewetter, Kurt Göb, Paul Günther, Ernst Granau, Paul Hartmann, Werner Kersch, Fritz Kortner, Berner Krauß, Alexander Wolff, Lothar Wülbel, Sigmund Nürnberg, Hermann Thimig, Hugo Thimig, Hermann Vallentin (mit Uraufgengenehmigung des Berliner Theaters).

Zur Aufführung gelangen in der nächsten Spielzeit u. a. folgende Werke aus dem klassischen und romantischen Repertoire: Shakespeare „Antonius und Cleopatra“; „König Heinrich IV.“; „Trollus und Cressida“; Goethes „Egmont“; Schillers „Wallenstein“; Kleists „Prinz von Homburg“; Kravinskis „Unabhängige Komödie“. Ferner wird das alljährliche Drama „Der Kreidekreis“ in der Bearbeitung von Klavand in Szene gehen. Von modernen Autoren werden u. a. gespielt: Bernard Shaw „Die heilige Johanna“; August Strindbergs „Die Kränndraut“; Wedekinds „Die Kaiserin von Neuschwanberg“; Pirandellos „Sechs Personen auf der Suche nach einem Autor“; Galsworthys „Treue“. Von den jüngeren deutschen Dramatikern gelangen zum Wort: Bert Brecht mit „Im Dickicht“; Carl Zuckmayer mit „Kittchen“ oder „Die Hinterspäher“; Carl Harnemann mit „Raspa hauer“. Für die Kammertheater wurde u. a. ein neuer Ein-akter von Kurt Göb erworben.

L. Fischel-Mads „Rektorische Farbentafel“ mit Musik zum ersten Male einem größeren Werke in der Film-Revolution der Götter. Die Aufnahme am nächsten Sonntag gegeben werden. Diese Film-Revolution, die um 11 1/2 Uhr im Theater am Götterplatz stattfindet, bringt außerdem die Uraufführung eines neuen Amantien-Films, sowie mehrere alte ausgedienter Spielfilme.

Direktor Habel teilt mit, daß die Nachricht, das Große Schauspielhaus werde in ein Kino umgewandelt, nicht zutrifft. Bernhard Scham für die deutschen Schriftsteller. Die Direktion Reinhardt-Berner hat den Vertrag der Uraufführung der Schawischen Einakter, die am 14. im Berliner Theater stattfinden, den Wahlverfassen des Schauspielverbandes deutscher Schriftsteller zur Verfügung gestellt.

Ein unerklärliches Mischwesen. Die Leipziger Stadtverordneten genehmigten den Bau eines Untergrund-Beschauens unter dem Leipziger Marktplatz durch die Leipziger Messe- und Stadtkommunikation.

Die Schloßfreiheit in England macht neue Fortschritte. Im Laufe der letzten Woche wurden allein in Birmingham 21 Fälle festgestellt; sechs davon sind tödlich verlaufen.

Es kennen sie damit, daß für sie die Aktion gegen Brandenstein nur ein Komödie war.

Brandenstein hat sich in der entscheidenden Sitzung des Bundtags ausdrücklich zur Politik der Vernunft und des Möglichen bekannt. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß über das Gutachten verhandelt wird, da es einen Fortschritt zum Besseren bedeute und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Kräftigung offenlasse.

Das ist ein Standpunkt, der der Auffassung Helfferichs und der Deutschnationalen entgegensteht. Das Organ der Böllischen in Mecklenburg, die „Mecklenburger Warte“, schreibt zu dem Beschlusse Brandensteins:

„Die Deutschnationalen Volkspartei hat das Erbe der heimgehenden Deutschen Volkspartei — als Verlängerung Stresemanns nach rechts — angetreten. Sie will den letzten Rest ihres Broschüren-Antiparlamentarismus aufgeben, teils auch auf dem Wege über das zweite Versailles. Der Wille zur Parteimacht, zur Parteiherrschaft läßt sie über alle öffentlichen Belange hinweggehen und nun in Mecklenburg (das Reich wird folgen) versuchen, das System der „Auch-erfüllung“ praktisch durchzuführen.“

Zwischen Brandenstein und dem von der „Mecklenburger Warte“ gekennzeichneten Standpunkt gibt es keine Brücke. Brandenstein wird als Ministerpräsident noch öfter Gelegenheiten haben, seiner von den Deutschnationalen als verderblich bezeichneten Politik in der Reparationsfrage Geltung zu verschaffen. Duden ihn die Deutschnationalen trotzdem als Ministerpräsidenten, so fallen die Vorwürfe, die sie gegen die Deutschnationalen erheben, auf sie selbst zurück. Auch sie würden als eine Verlängerung Stresemanns nach rechts wirken.

Der Kampf zwischen den „Auchfüllern“ und den strikten „Rein“-Sagern in Mecklenburg bietet einen Vorgeschmack dafür, was dem Reich unter einem deutschnationalen Regime blühen würde. Die „Böllischen“ und „Nationalen“ würden sich wie die Hunde vor den Kägen bogen, und daß bei dieser „Aktivität“ der Anschluß verpaßt wird, ist vorauszusetzen.

Die Räumung des Ruhrgebiets. Veratungen in Brüssel.

London, 8. Mai. (WZ.) Der gutunterrichtete Berichterstatter der „Times“ meldet, gestern nachmittag habe in der belgischen Hauptstadt ein Meinungsaustausch im Hinblick auf die Möglichkeit der Räumung des Ruhrgebietes stattgefunden. Wie verlautet, habe General Degoutte die Gefahr betont, die in einer völligen Aufgabe der Leitung der Ruhr-Eisenbahnen läge, so lange noch Truppen im Ruhrgebiet verblieben. Seiner Ansicht nach sollte eine Anzahl französischer Eisenbahngesellschaften zurückbehalten werden, um den Dienst der notwendigen Linien sicherzustellen, so lange an gewissen Punkten Truppen, wenn auch nur in Form der unsichtbaren Besetzung, zurückgelassen würden. General Degoutte sei der Ansicht, daß die französischen Truppen nicht einem eventuellen Handstreich von Eisenbahnarbeitern auf Gnade und Ungnade überlassen werden könnten. Er habe einen Plan unterbreitet, der den Zweck verfolgte, die Rückführung der Eisenbahn an das Deutsche Reich mit der Sicherheit der wenigen Truppen in Einklang zu bringen, die im Ruhrgebiet zurückgelassen und im Verhältnis der deutschen Zahlungen zurückgezogen werden sollen.

Das Kapital drängt auf Regelung.

London, 8. April. (WZ.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, auf Grund von Sondierungen in Washington und New Yorker Sachverständigen- und Finanzkreisen geräunte, daß alle Meinungsvorstellungen in der Frage der „Sanktionen“ unter den Alliierten im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan wahrscheinlich durch die Haltung des maßgeblichen Geldmannes auf dem amerikanischen Geldmarkt (Morgans? D. Red.) erledigt werden würden. Dieser nehme einen noch bestimmteren Standpunkt, daß die Stellungnahme der amerikanischen und anderen Sachverständigen, die gegen eine vorzeitige Ausarbeitung von Sanktionen seien, streng respektiert werden müßten, damit eine derartige Maßnahme nicht den Erfolg der vorgeschlagenen Umlage von 40 Millionen Pfund beeinträchtigt.

In britischen Kreisen mache sich ein ähnliches Bestreben geltend mit der Begründung, daß es gefährlich sein würde, für eine rein hypothetische Lage 8, 10 oder 15 Jahre voraus Befehle zu machen. Eine Ausnahme bildeten die Kreise in London, die für einen „Handel“ in der Frage der Sanktionen und der militärischen Räumung des Ruhrgebietes eintraten. Es sei jedoch zweifelhaft, ob ein derartiger Handel britischen Regierungskreisen gegenwärtig empfehlenswert erscheinen würde.

Es werde auch bestätigt, daß amerikanische Finanzkreise den größten Nachdruck auf die vollständige wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes in Uebereinstimmung mit dem Dawes-Bericht als Vorbedingung für die Anleihe legen. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes werde vor dem nächsten Januar behandelt werden müssen. Bis dahin werde sich England zu entscheiden haben, ob der Kölner Brückenkopf von keiner gegenwärtigen britischen Garnison geräumt werden solle oder nicht. Im Zusammenhang mit dieser besonderen Frage verlaute, daß die genaue juristische Auslegung der Artikel 428 bis 430 des Versailles-Vertrages in der letzten Zeit von gewissen britischen Sachverständigen erörtert worden sei. Einige von ihnen neigten Schluß zu, die (sowohl von der Auslegung Boicoreas als auch von der bisherigen britischen Auffassung abwichen.

Die Schwierigkeiten an der Börse.

Die Schwierigkeiten im Metallhandel, die an der heutigen Börse im Mittelpunkt der Diskussion standen, hält man zwar für äußerst ernst, glaubt aber, daß die in die Wege geleiteten Stützungsaktionen durch ein Bankkonsortium das Schlimmste abzuwenden imstande sein werden. Man sieht den endgültigen Beschluß am Freitag mit Spannung entgegen. Auch in bezug auf die Entwicklung des deutsch-russischen Zwischenfalls, der nunmehr zu einer Kündigung russischer Gelder bei den deutschen Banken geführt hat, gibt man sich auf die Nachricht von der Anrufung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung dieser Angelegenheit neuen Hoffnungen hin.

Ziemlich bedauernd wirkt der Kampf im Bergbau, der geeignet erscheint, die außerordentlich ungünstige Lage der Wirtschaft noch weiter zu verschärfen. Auch in der Textilindustrie bepflanzen sich Schwierigkeiten zu zeigen. Die Zahlungsunvermögen im Bankgewerbe haben weiter zugenommen. In der Angelegenheit der Hamburger Bank von 1860 hofft man auf eine baldige Reorganisation. Von kleineren Schwierigkeiten wurden noch die Bankhäuser Walter Gaidischmidt u. Co. und die Mittelrheinische Bank-Angelegenheit Nürnberg genannt, die zur Vermeidung des Konkurses ebenfalls Geschäftsaufsicht beantragt hatten. Immerhin waren diese Schwierigkeiten in Börsenkreisen schon seit einigen Tagen bekannt und vermochten das Kursniveau zu Beginn der Börse nicht weiter zu erschüttern, so daß die Kurse sich zu Anfang auf dem Niveau des Vortages bewegten. Im Verlaufe der ersten Börsenstunde jedoch trübten Gerüchte über Schwierigkeiten einer größeren rheinischen Bankfirma auf, die alsbald zu neuen Bankrottgerüchten der Spekulation führten und die Kurse erheblich herabdrückten.

Vorstadttheater.

Es gibt viele in der Großstadt, für die sich der Begriff Vorstadttheater, weil sie von diesen Dingen nichts wissen, oder, was noch schlimmer ist, in ihrem Dünkel nichts davon wissen wollen, mit Schmierern und Schundliteratur verbindet. Nichts falscher als dieses Vorurteil Beweise, es hat an den Grenzen der Großstadt Bühnen gegeben, die eigentlich nur zwei Kategorien von Stücken kannten, den sentimentalischen Schmaßfischen, der auf die Tränenröhren, und die glatte, plumpe Posse, die auf die Lachmuskeln um jeden Preis wirken wollten.

Die Zeiten haben sich aber geändert und gebessert. Es ist das große Verdienst der Volksbühne, daß sie hier Breche geschlagen und gezeigt hat, welche Kost und welche Kunst man einem naiven und ungebildeten Publikum bieten muß. Die Vorstadttheater haben Lehre und Richtlinien eines solchen Nachbatters im Theaterleben, wie ihn die Volksbühne darstellt, angenommen und annehmen müssen, weil ihre Leiter wissen, daß sie es mit einem Publikum zu tun haben, das zum nicht kleinen Teil durch die Vorstellungen der Volksbühne vorgebildet ist, Schund und Unverdauliches deutlich genug ablehnen würde. Es bleibt natürlich auch heute nicht aus, daß diese kleinen Bühnen an der Peripherie minderwertiges bieten oder in Verkennung ihrer Macht und Mittel sich an Aufgaben wagen, denen sie nicht gewachsen sind und dabei immer wieder statt ins Erhabene, wie sie wollen, ins Väterliche schreiten, ohne es zu wissen. Im allgemeinen aber sind heute diese Kinderkrankheiten der Vorstadttheater vergessen, wozu man sich leicht durch einen Besuch kleiner Bühnen im Osten oder Westen der Stadt überzeugen kann. Eine solche Felle in das Reich dramatischer Kunst fernab vom Mittelpunkt großstädtischen Lebens ist reizvoll und lehrreich nach mancherlei Richtungen. Man erblickt hier fast ausschließlich ein Publikum, das

Republikanische Kundgebung

Sonnabend, den 10. Mai 1924, abends 7 Uhr, im Garten des Saalbau Friedrichshain

für Republik und Sozialismus

Gesang :: Prolog :: Ansprache des Genossen Friedrich Stampfer M. d. R.

Sonntag, den 11. Mai 1924, nachm. 2 Uhr

Mai-Jugendtag

im Restaurant Sanssouci, Kaulsdorfer-Süd, Bahnstation Sadow

sich noch aus dem Theaterbesuch ein Fest zu machen versteht, eine Theatergemeinde, die eins ist mit den Schauspielern, Besucher, die zum größten Teil Abonnenten sind und keine Premiere verpassen. Dieses Publikum selbst keine Siedung oder Unterbrechung der Vorstellung durch ein ungeniertes Gespräch der Nachbarn oder durch Zwischenrufe. Es will kein Wort von dem, was auf der Bühne gesagt und gesungen wird, verlieren, es ist darin ganz echtes Volk, das nicht nur in das Theater gekommen ist, um sich zu amüsieren, sondern auch, um zu lernen und etwas mit nach Hause zu bringen. Der Theaterdirektor aber hat das Bestreben, möglichst Gutes für billiges Geld zu bieten, und er muß, um seine Abonnenten und Stammgäste nicht zu ermüden oder gar zu verreiben, häufig das Programm wechseln. Und noch ein anderes fällt in diesen Theatern auf. Das Volk hat immer einen Sinn für gefunden Humor, der nur durch die mifflischen, sozialen Verhältnisse, unter denen es leben und leiden muß, beschaffen, ja fast verschüttet ist. Für Humor auf der Bühne, der zu keinem Herzen spricht, wird es stets dankbar und empfänglich sein. Das weiß auch der Direktor eines Vorstadttheaters. Er wählt danach nicht nur die Stücke aus, sondern stellt aus diesen Erfahrungen und Ermägungen heraus auch das Ensemble zusammen. So kommt es, daß man an diesen Stätten eigentlich immer gute Komiker und vorzügliche Vertreterinnen der Partien der komischen Mien findet.

So das Verhältnis zwischen Vorstadttheater und Publikum. Aber noch ein anderes Charakteristikum weist die Bühne am Rand der Großstadt auf, und das findet man in dem Verhältnis zwischen Direktor und Schauspielern. Der häufig an den Versammlungen der Bühnengenossenschaft teilgenommen hat, der weiß, daß die Obliegenheiten der Bühnen nicht selten lobend hervorgehoben haben, daß zwischen Direktor und Personal so etwas wie Freundschaft und Familienverehr besteht, daß der Leiter dieser Bühnen sich nicht nur um das künstlerische, sondern auch, unterstützt von seiner Frau, um Persönliches und Privates des Personals kümmert. Mit einer überlegenen Gelte des Schöngens kann „derart Kleinbürtiges“ nur der abtum, der nicht daran denkt, was es heißt, in Berlin Schauspielersin zu sein, jung, hübsch, mit einer kleinen Goge und, wie anders auch, hunger zu haben nach all den verlockenden und verführerischen Genüssen der Großstadt.

Eine Guttat darf schließlich den Vorstadttheatern nicht vergessen werden. Ueberall, wo diese Bühnen sich befinden, steht man in der Nähe eines Kinos, eines jener entsehligen Vorstadtkinos mit den grauligen und grellen Plakaten einer wild entfesselten Hinstreppentantel. Und wenn Vorstadttheater wirklich einmal über die Schnur schlugen, dieses großen Verdienstes wegen kann ihnen das Ueberfahren der Grenzen verziehen werden.

Wieder ein Schülerelbstmord.

Die Tragödie eines Dreizehnjährigen, der sich aus gekränktem Ehrgefühl das Leben nahm, wird aus Spandau gemeldet: Ein 13 Jahre alter Erich Bartel, der Sohn eines Maschinenbauers aus der Agnarstraße zu Spandau, war aus der Schule jorgelassen und deshalb von seinem Vater zurechtgewiesen worden. Als gestern der Vater nicht zu Hause war und die Mutter im Keller zu tun hatte, hatte der Junge eine Dreizeh-Bikole, die sich im verschlossenen Böckelgranzel fand und ging nach der Lohle. Plötzlich hörte die Mutter einen Schuß fallen und fand ihren Sohn sterbend auf. Er gab noch schwache Lebenszeichen von sich, starb aber auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Da der Schuß in der rechten Schläfe saß, so ist anzunehmen, daß der Schüler ihn sich absichtlich beigebracht hat. Mit einem Unglücksfall durch Spielerei ist kaum zu rechnen.

Der Mord an der Portierfrau Raedling.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute der Mordprozeß gegen den Former Theodor Just und die Witwe Mathilde Staberod, die beschuldigt sind, die Portierfrau Raedling in der Brückenstraße ermordet zu haben. Der Fall ist bereits einmal im Dezember v. J. vor dem Schwurgericht verhandelt worden und die Beweisaufnahme war bis zum Spruch der Geschworenen fortgeschritten. Das Gericht hatte damals aber, wie wir berichteten den Spruch der Geschworenen fallstert. Beide Angeklagten haben sich jetzt von neuem wider der Anklage des Mordes und Raubes zu verantworten. Just wohnte bei Frau Staberod und unterhielt mit ihr ein Verhältnis. In demselben Hause war die alte Frau Raedling Portierfrau und nach der

Anklage war Frau Staberod lüßern nach den Sachen der Frau Raedling. Nachdem Versuche, sie zu vergiften und sie auf andere Weise beiseite zu schaffen, gescheitert waren, wurde Frau Raedling, als sie eines Tages in der Wohnung der Frau Staberod war, von Just niedergeschlagen. Die Anwesenden haben dann die Leiche zerstückelt und beiseite geschafft. In der heutigen Verhandlung schloß Just die Hauptanklage auf seine Mitangeklagte.

Der Deckeneinsturz im Hoftheater. Beginn des Prozesses — 9 Angeklagte.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute (10. Mai) auf drei Tage berechnete Verhandlung des Schöffengerichts Berlin-Mitte in dem Strafverfahren, das an dem verhängnisvollen Deckeneinsturz bei den Aufstodungsarbeiten des Hoftheaters anknüpft. Der Einsturz hatte, wie erinnerlich, sehr schwere Folgen, da über 13 Menschenleben zum Opfer fielen, während 11 Personen schwer verletzt wurden.

Die Anklage richtet sich gegen folgende neun Personen: 1. Architekt Jakobowicz, 2. Bauzeichner Friedrich Buchholz, 3. Maurermeister August Buhle, 4. Baumeister Otto Lazarus, 5. Baumeister Hermann Raebel, 6. Maurermeister Friedrich Handrich, 7. Bauarbeiter Wilhelm Bick, 8. Dipl.-Ing. Haber, 9. Friedrich Lamp. Die Anklage, die Staatsanwaltschaftsrat Polzin vertritt, lautet auf schuldige Leitung, Körperverletzung und Verfassungen in den Aufsicht- und Unfallverhütungs-verpflichtungen. Die Angeklagten werden vorzeitig durch die Anwälte Dr. F. Cohn, Justizrat Bronner, Dr. Davidsohn, Wolfgang Heine, Dr. Alsbach, Lesser, Frederich, Bellever und Dörschel. Zur Verhandlung sind 10 Sachverständige geladen. Der Vorsitzende vernimmt zunächst den ersten Angeklagten, Architekt Jakobowicz. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, daß er die Aufsichtspflichten verletzt und die Unfallverhütungsvorschriften nicht genügend beachtet habe. Außerdem wird ihm vorgeworfen, den Bauarbeiter Buchholz so stark in Anspruch genommen zu haben, daß dieser seine Aufsichtspflichten auf dem Bau nicht genügend erfüllen konnte. Der Angeklagte äußert sich zu der Anklage wie folgt: Der Vorwurf der nicht genügenden Aufsicht sei unzutreffend, da er für den Hoftheater-Bau keine Verantwortung zu tragen gehabt habe. Die Baugeschäftungen waren bereits eingeleitet und die Berechnungen gemacht, z. T. vom Bau-Bureau Hoftheater, z. T. von dem Architekten Wendelschön. Er habe nur die Maurer- und Zimmerarbeiten übertragen erhalten. Von einer Bauaufsicht könne keine Rede sein und er habe keinerlei Einfluß auf die Bauleitung gehabt. Er berufe sich zum Beweise hierfür auf seinen Vertrag. Mit dem Deckeneinsturz habe er nichts zu tun gehabt. Am 16. Januar war übrigens der Hoftheater-Bau, soweit die konstruktiven und Maurerarbeiten in Frage kamen, abgeschlossen und damit für ihn jede Ueberwachungsspflicht erlosch. Die Verhandlung geht weiter.

Tanzbodenkavalere.

Der Mordversuch an einer unheimlichen Mitwisslerin.

Am 17. April d. J. verschwand das Dienstmädchen Johanna Ullrich heimlich des Nachts aus der Wohnung ihrer Herrschaft in der Kurfürststr. 22. Kupper ihren Sachen nahm sie mehrere Perleketten und anderes Wertvolles mit, das sie alles in zwei ebenfalls mitgestohlene braune Rehrattentöcher und in eine große braune Lederkiste packte. Unweit der Kiste mußte sie noch Hilfe bei der Ausführung des Diebstahls gehabt haben. Die Ermittlungen nach dem Aufenthalt der Diebin blieben erfolglos. Kürzlich ist sie mit knapper Not den mörderischen Absichten ihrer Komplizen entronnen.

In der Nacht zum Ostermontag um 12 Uhr hörte ein Tassant in Posta bei Birna aus der Elbe Hifferufe und sah, wie eine Frau, dem Ertrinken nahe, mit den Wellen rang. Mit großer Mühe konnte sie gerettet werden. Es war, wie sich aus den Papieren ergab, das Dienstmädchen Ullrich. Sie gelang, die Diebstahls mit zwei jungen Männern, die sie als Herbert Brand und Werner Weber kannte, ausgeführt zu haben. In einem Tanzlokal des Berliner Westens hatte man sich kennen gelernt, und schließlich hatten die beiden „Kavaliers“ sie zu dem Diebstahl bei ihrer Herrschaft überredet, um gemeinsam eine Reise nach der Schweiz zu machen zu können. Nachdem der Diebstahl ausgeführt war, hatten alle drei die Osterfahrt angetreten. Die Durschen wollten sich mit dem Rest des Diebesgutes nach der Tschechoslowakei. Das Mädchen wollte ihnen dahin nicht folgen. Andererseits wären die Diebe auch gern von der fähigen Jungin befreit gewesen. Darum beschloßen sie beide, die Ullrich zu beseitigen. Nach einem Spaziergange zog Weber einen Leiseführer und verlegte dem Mädchen einen kräftigen Schlag auf den Kopf. Blutend und bewußtlos trug sie zusammen. Jetzt packten die Kavaliers das Mädchen und warfen es mit weitem Schwung in den Fluß. Im kalten Wasser kam die Ueberflossene wieder zur Besinnung und rief um Hilfe. Da die „Kavaliers“ jetzt erst recht bedürftig muckten, berraten zu werden, wenn ihr Opfer gerettet würde, schloß der eine mit seinem Revolver nach der Treibenden, während der andere sie mit Steinen bewarf. Glücklicherweise trafen beide nicht. Da die Schritte der Helfer nahen, klappten die Durschen und entliefen. Rummel ist es gelungen, die verbrecherischen „Kavaliers“, die angeblichen Brandt und Weber, festzusetzen als einen 21 Jahre alten Herbert Rohmann und einen 19 Jahre alten Werner Drintsch, beide aus Charlottenburg. Es sind Söhne hochachtbarer Eltern, die ihren Familien schon viel Kummer bereitet haben. Sie hielten an keiner Stelle lange aus, spielten aber abends in den Lokalen des Westens die großen Herren und sanken so von Stufe zu Stufe. Es besteht der Verdacht, daß beide noch weitere Diebstahle unter Mitwirkung von Dienstmädchen ausgeführt haben. Mitteilungen zur Klärung an Kriminalkommissar Gernat im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums erbeten.

Der Lunapark eröffnet am Sonnabend, den 10. Mai, seine diesjährige Saison. Der Betrieb in den Terrassen und den Parkattraktionen beginnt an diesem Tage um 5 Uhr nachmittags, sonst um 3 Uhr nachmittags. Das Eröffnungskonzert wird ausgeführt von der Kapelle der Kommandantur Berlin unter Leitung des Obermusikmeisters Wlkers. Ein Brillantfeuerwerk beschließt den ersten Abend der neuen Saison.

„Nebel und Scherz.“ Vom 10. bis 13. Mai d. J. findet in den Stadttheater, „Abilbermonie“, Berlin W. Bernburger Str. 22/23, die 5. Allg. Nationalausstellung für das Sondergewerbe statt. Die Ausstellung ist täglich von 11 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet.

Gesunden eine Geldtasche mit Inhalt Sonnabendmorgen im Omnibus. Abgehoben bei der O.V.G. Unter den Linden 11.

Sport.

Erfolg der Engländer im Leipziger Fußballkampf. Das am Mittwoch in Leipzig stattgehabene Fußballspiel zwischen dem englischen Club „Bolton Wanderers“ gegen die Leipziger „Fortuna“ endete, wie es erwartet war, mit dem Siege der englischen Mannschaft. Das Endresultat stellte sich auf 10:0.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

3. Kreis Wedding. Freitag, den 7. Uhr, erweiterte Parteiparlanzung im Schwanen-Stein. Zehntausende Genossen. Die Zusammenkunft der Frauengruppe findet nicht, wie ursprünglich mitgeteilt wurde, heute, Donnerstag, sondern morgen, Freitag abend, bei Cäzars statt.

Jugendveranstaltungen.

Verbreitet! Kautschuk-Übung. Ullrich! Der Mädchenabend findet nicht am Freitag, den 8. Mai, sondern am Freitag, den 10. Mai, statt. Thema: „Spielzeug in der Familie“. Referentin: Genossin Sohn-Schub.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes wird uns geschrieben:

Aus Telegrammnachrichten ist der Deffektivität bekannt, daß in der ostpreussischen Landwirtschaft gegenwärtig ein größerer Landarbeiterstreik tobt. Die arbeitgeberfreundliche Presse macht für diese Streikbewegung, wie gewöhnlich, den Deutschen Landarbeitersverband verantwortlich. An seiner Haltung habe es gelegen, wenn die angeblich ehrlich gemeinten Verständigungsversuche der Arbeitgeberseite mit einem Mißerfolg endeten. Besonders naive Berichterstatter scheuen sogar nicht davor zurück, die Bewegung der ostpreussischen Landarbeiter als eine politische, von kommunistischer Seite eingeführte Machination zu bezeichnen.

Vor einigen Wochen unterbreitete der Deutsche Landarbeitersverband in Gemeinschaft mit dem Zentralverband der Landarbeiter der Vereinigung der Arbeitgeber, dem Landwirtschaftsverband in Ostpreußen, die Forderung, den Gesamtstundenlohn eines ostpreussischen Deputatarbeiters auf 32 Pf. festzusetzen. Dieser Lohnsatz wird schon seit längerer Zeit in diesen Orten Ostpreußens gezahlt. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderung rundweg ab; für sie könne nur eine Verhandlung auf der Basis der Barkriegslohne geben. Darauf konnte der Deutsche Landarbeitersverband sich nicht einlassen. Der Vorkriegslohn der ostpreussischen Landarbeiter war sehr unterschiedlich, jedoch keineswegs auskömmlich. Der Landwirtschaftsverband bemühte sich nun nicht etwa, zwischen seiner Auffassung und der des Deutschen Landarbeitersverbandes einen Mittelweg zu finden, sondern er ging dazu über, mit dem deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter allein zu verhandeln. Man kam zu einer Vereinbarung, die dem ostpreussischen Deputatarbeiter einen Gesamtstundenlohn von 22 Pf. statt der geforderten 32 Pf. zubilligt. Hierbei ist aber der Gesamtlohn in den Löhnen für die Frau eines Deputaten auf nur 8 1/2 Pf. beziffert. Würde der Frauenlohn so hoch geschätzt werden, wie es bei den Landarbeiterinnen im Kreise Goldap der Fall ist, träte bei dem Deputatarbeiter eine Kürzung seines Stundenlohnes auf sage und schreibe 13,1 Pf. ein.

Der Deutsche Landarbeitersverband rief den staatlichen Schlichter, den Regierungs- und Gewerberat Rahmann in Gumbinnen an und bat ihn, von sich aus die kritische Angelegenheit zu entscheiden. Der Schlichter fällt einen Schiedsspruch, der geradezu das Verhalten der Arbeitgeber als berechtigt anerkennt. Er befreit, daß der Deutsche Landarbeitersverband den zwischen dem Zentralverband der Landarbeiter und dem Landwirtschaftsverband abgeschlossenen Tarif aus für sich anerkennen muß. Begründet wird diese Entscheidung mit der Erklärung, daß das, was von der einen Organisation als gültig anerkannt worden ist, auch für die andere tragbar sein müsse. In klarem Deutsch umgekehrt meint man also, daß die Zwergorganisation, der deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter mit seiner handvoll Mitglieder zu bestimmen hat, was für die übrige ostpreussische Landarbeiterschaft, die in ihrer überwältigenden Mehrheit im Deutschen Landarbeitersverband zusammengeschlossen ist, zu gelten hat.

Der Schiedsspruch wurde von der Verbandsleitung des Deutschen Landarbeitersverbandes zum Gegenstand einer Besprechung in einer Konferenz am 27. April in Königsberg gemacht. Das Ergebnis dieser Konferenz war eine Entschlieung, welche die Organisationsleitung beauftragte, nochmals zu versuchen, mit dem Landwirtschaftsverband zu einer Verständigung zu kommen. Das geschah, jedoch ohne Erfolg. Der Landwirtschaftsverband und der deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter wollen den Deutschen Landarbeitersverband beistehen.

Die Folge dieses Verhaltens war der Ausbruch des jetzigen großen Streiks. Er wird nicht nur von Mitgliedern des Deutschen Landarbeitersverbandes, sondern, was besonders bemerkenswert ist, auch von Mitgliedern des Zentralverbandes der Landarbeiter geführt. Trotzdem verbreitet der „Deutsche“ das Gerücht, die Streikenden hätten sich zum größten Teil aus Unorganisierten zusammen.

Inzwischen ist dieser famose Schiedsspruch des Schlichters vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Man vergegenwärtige sich: Der „Zentralverband“ schließt mit seiner winzigen Organisation mit dem Landwirtschaftsverband einen Tarifvertrag ab. Über 40.000 Mitglieder des Deutschen Landarbeitersverbandes werden glatt beiseite geschoben. Trotzdem fällt der Schlichter einen solchen Schiedsspruch und das Reichsarbeitsministerium setzt allem die Krone auf, indem es bei den Verhältnissen keineswegs angepaßten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Wenn jemals im Schlichtungswesen ein ergründet und verständlicher Fehler gemacht wurde, ist es bestimmt hier geschehen. Bei der Betrachtung der Haltung des Reichsarbeitsministeriums muß man beinahe der Meinung sein, es gebe nie die Sache um den heißen Brei und schmeiße sie, das auszupprechen, was ausgesprochen werden muß. Oder hat das Reichsarbeitsministerium die Absicht, die Politik der Arbeiterseite zu unterstützen und die Landarbeiterschaft Ostpreußens unterdrücken zu helfen? Die Landarbeiterschaft Ostpreußens denkt nicht daran, sich wieder zu jenen Bittstücken herabzulassen zu lassen, die sie in der Vorkriegszeit waren. Sie hat die Lage erkannt und ist gewillt, den Weg eines besseren Menschentums zu gehen.

Verständigen Menschen haben das auch bereits eingesehen. Viele Arbeitgeber erklären öffentlich, daß die Löhne zu niedrig sind und daß sie gern mehr zahlen möchten, wenn der Landwirtschaftsverband höhere Sätze vereinbaren würde. Oft wird auch von vielen Arbeitgebern ausgesprochen, daß den Landarbeitern der Kampf aufgezwungen wurde, weil die Drahtzieher des Landwirtschaftsverbandes aus politischen Gründen hieran interessiert sind. Die Landarbeiter Ostpreußens sind noch heute zu einer Verständigung bereit, sie werden es andererseits aber auch verstehen, den ihr aufgezwungenen Kampf so zu führen, wie er von klassenbewußten Landarbeitern geführt werden muß.

Der Streik der Dachdecker.

Der Streik der Dachdecker wird mit derselben Kraft und Stärke fortgeführt wie er begonnen hatte. Noch ist der Kampfeswille bei den Streikenden nicht herabgemindert. Wie aber nicht anders zu er-

warten war, versuchen die Arbeitgeber die Schuld am Streik auf die Arbeitnehmer zu schieben. In ihrem Organ, der „Deutschen Dachdecker-Zeitung“, schreibt der Geschäftsführer des Innungsverbandes Springfeld:

Die Arbeitnehmer im Dachdeckerberuf sind in der Woche vor Ostern, ohne eine Klärung der Lohnverhältnisse im Bauwesen abzumachen, unter Umgehung der Arbeitgeberorganisation, an die einzelnen Meister mit der Forderung einer Lohnherabsetzung von 0,694 Goldmark auf 1,20 Goldmark herangetreten und haben, als von diesen eine betriebliche Lohnabmachung abgelehnt wurde, die Arbeit niedergelegt.

Recht schamhaft verschweigt aber Herr Springfeld, daß der Zentralverband der Dachdecker am 17. und 28. März bei den Arbeitgebern um Verhandlungen nachgesucht hat, um zu vermeiden, daß im Dachdeckerberuf tariflos gearbeitet wird. Auf das Schreiben vom 17. März kam eine ausweichende Antwort. Auf das Schreiben vom 28. März haben die Arbeitgeber überhaupt nicht geantwortet. Sie haben dann vom 1. April ab eigenmächtig die Löhne herabgesetzt, und zwar für den Dachdecker von 69,4 auf 69 Pf. und für den Hilfsarbeiter von 61 auf 55 Pf. Diese eigenmächtige Handlungsweise der Arbeitgeber hat dem Fass den Boden ausgeschlagen. Die Empörung der Arbeitnehmer war eben zu groß.

Es war nicht das erste Mal, daß die Arbeitgeber so eigenmächtig gehandelt hatten. Das war sogar geschehen, als der Reichstaxi- und auch der Ortstaxi für Berlin noch in Geltung waren. Mit der „Friedensliebe“ der Berliner Dachdeckermeister ist es nie besonders gut bestellt gewesen. Seitdem aber der Geschäftsführer des Innungsverbandes tätig ist, hat sie einen argen Stoß erlitten. Der Herr glaubt nur befehlen zu können; die Arbeiter haben sich dann seinen Anweisungen zu fügen. Obwohl der Kampf bereits schon drei Wochen dauert, haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Der Vorstand ist sich in keiner Gesamtheit klar darüber, daß eine Aenderung in den Maßnahmen des Kampfes vorläufig nicht eintreten kann. Berechtigungen zum Arbeiten werden vom Vorstand nicht ausgesetzt. Sollten arbeitende Dachdecker angetroffen werden, so sind sie als Streikbrecher zu betrachten.

Konflikt in der Karosseriebranche.

Die Arbeiter in den Wagen- und Karosseriebetrieben hatten bei den Arbeitgebern eine Erhöhung ihrer Löhne, die in der Spitze 65 Pf. betragen, um 20 Proz. beantragt. Nach langen Verhandlungen glaubten die Unternehmer die Ansprüche der Arbeitnehmer mit einer Zulage von 5 Pf. befriedigen zu können. Das wurde in einer Funktionskonferenz abgelehnt und die Verhandlungskommission beauftragt, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieser erhöhte die Zulage um 2 Pf., so daß statt der geforderten 78 Pf. nur ein Lohn von 72 Pf. erreicht worden wäre. Eine Branchenversammlung am Dienstag lehnte auch diesen Spruch ab und beschloß einstimmig, in einer tariflosen Zeit ihre Lohnforderungen betriebsweise zu verfolgen. Die Funktionäre werden am Sonnabend nach Feierabend im Metallarbeiterverbandshaus zur Situation Stellung nehmen.

In der Diskussion entriestete sich der Kommunist Ostrowski, genannt der „blutige Leo“, früher angeführter Bolshewik gegen die Handelsvertretung, auftragsgemäß über die Politik gegen die Handelsvertretung. Er gab sich reblische Mühe, bei den Anwesenden den gewünschten Proteststurm zu entfesseln, was ihm aber auch mit Hilfe einer gedruckt vorgelegten Resolution, nach der die Karosseriearbeiter die „fristlose Entlassung Stresemanns“ verlangen sollten, nur bei einem häßlichen Getreuer gelang. Sein einziger Erfolg war, daß die Mitglieder fluchtartig den Saal verließen.

Lohnabkommen der Autoreparaturschlosser.

Die Vertrauensleute der Auto-Reparaturschlosser nahmen am Dienstag Stellung zu dem neuen Lohnabkommen. Riebel vom Metallarbeiterverband berichtete von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Interessengemeinschaft der Autoreparaturwerkstätten Groß-Berlins und kennzeichnete die Tatsache, daß genau so wie in der Vorkriegszeit jetzt wieder um jeden Pfennig Zulage bitter gekämpft werden muß. Das Unternehmerangebot, welches einen Höchstlohn von 71 Pf. pro Stunde vorsieht, wurde von der Verhandlungskommission als unzulänglich abgelehnt. Das endgültige Verhandlungsergebnis sieht nun einen Spitzenlohn von 75 Pf. vor. Dazu kommen noch Wirtschaftshilfen: Verheiratete erhalten 3 Pf., Bedigte 2 Pf. und Jugendliche und Lehrlinge 1 Pf. pro Stunde. Diese neuen Löhne gelten ab Montag, den 5. Mai.

In der Rahmenarbeitsfrage hat man sich dahingehend verständigt, daß der Tarif genau so lange läuft wie in der Großindustrie, und zwar bis zum 1. Juni dieses Jahres.

In der Diskussion kam die Unzufriedenheit über das Lohnergebnis zum Ausdruck. Gleichzeitig stellte sich die Befürchtung auf den Standpunkt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit über 48 Stunden in der Woche für alle Zukunft ganz entschieden abgelehnt wird.

Das Lohnabkommen wurde schließlich gegen eine starke Minorität angenommen.

Vom Arbeitszeitkampf in der Schweiz.

Genf, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband der Schweizer Maschinen- und Metallindustrie hat beschlossen, eine allgemeine Arbeiterperre zu verhängen, durch die die Neueinstellung von Arbeitern und die Wiederaufnahme der Arbeit verboten ist. Diese Sperre ist eine der ersten Gegenmaßnahmen der Maschinenindustriellen in dem Kampf, den die Schweizer Metallarbeiter gegen die 52-Stunden-Woche führen. Bekanntlich darf nach dem Schweizer Fabrikgesetz die Arbeitszeit ausnahmsweise bis zu 52 Stunden verlängert werden. Die Befugnis ist bei den Industriellen ohne dringende Gründe inzwischen Regel geworden.

Der Gemeindefabrikarbeiterstreik in Danzig nähert sich seinem Ende. Die Arbeiter wollen, daß die gebotenen Lohnzulagen von 4 Pf. für Angelernte und 6 Pf. für Handwerker und die Erhöhung der Familienzulage von 1 auf 3 Pf. je Stunde bereits mit Rückwirkung ab 1. April gezahlt werden sollen. Darüber wird noch verhandelt.

Achtung! Transportarbeiter- und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie. Freitag abend 6 1/2 Uhr. allgemeine Versammlung aller Hilstransport-Verarbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110. Tagesordn. Beschlüsse über in der Industrie Beschäftigten wird bestimmt erachtet.

Wirtschaft

Staatshaushalt, Notenumlauf und Kreditpolitik.

Die Bewegung in den deutschen Staatsfinanzen wird am besten durch das vermehrte Steuereinkommen im Monat März gekennzeichnet. Hand in Hand damit geht eine bemerkenswerte Einschränkung der Ausgaben. Die Finanzabteilung gestattete sich im ersten Quartal 1924 in Goldmarken nach einer Zusammenstellung in „Wirtschaft und Statistik“ wie folgt:

	Ord. Gesamt-	Gesamt-	Zulag. bzw.
	einnahmen	ausgaben	Ueberschuß
1923 Dezember	333,9	668,7	- 334,8
1924 Januar	520,6	606,5	- 124,1
Februar	445,0	462,8	- 17,8
März	632,4	498,6	+ 133,8

Von den ordentlichen Einnahmen entfielen auf Steuern im Dezember 312,3, im Januar 503,5, im Februar 418,0 und im März 595,3 Goldmarken. An und für sich ergibt sich im ersten Quartal ein Ueberschuß von 240,1 Goldmarken. Er tritt aber praktisch nicht in Erscheinung, weil zum Rückkauf der Goldanleihe (Stützungsaktien) rund 339,5 Goldmarken aufgewendet werden mußten, wodurch der Ueberschuß verbraucht wurde und ein Fehlbetrag von 99,4 Goldmarken entstand. Er wurde aus dem Rest des Rentenmarktkredits gedeckt, der dadurch auf 114,6 Millionen (Ende März) zurückging. Durch Verkauf von Rentenmarktschatzwechseln stand dem Reich Ende März ein Betriebsmittelfonds in Höhe von 146,2 Goldmarken zur Verfügung.

Die Reichsschuld erfuhr durch den Rückkauf von Goldanleihe eine wesentliche Herabsetzung, und zwar sank sie von 2130,0 Goldmarken auf 1989,8 Goldmarken. Sie gestattete sich, wobei die K. bzw. E-Schätze und die Veränderungen im Bestand der Dollarschatzweisung 1935 unberücksichtigt bleiben, in Goldmarken wie folgt:

	Dez. 23	Jan.	Febr.	März 24
I. Marktschulden	2,2	1	-	-
II. Wertbest. Schulden				
A. Dollarschulden				
Dollarschatzweisung	210	210	210	210
6proz. rückzahlbar 1935	500	420,4	352,9	281,9
6proz.	1932	371,5	325	271,7
Summe 1081,6	956,4	834,8	742	
B. Schwedende Schuld				
unverzinsl. Rentenschuld 200	200	200	200	200
verzinsliche Rentenschuld 1000	900	900	900	900
Rentenmarktschatzwechsel	-	161,7	195,4	147,8
Summe 1200	1261,7	1295,4	1247,8	
Gesamt 2283,7	2218,1	2130	1989,8	

Der Geldumlauf erfuhr im ersten Quartal 1924 eine Erhöhung, aber auch eine Bereinigung, indem die Notzahlungsmittel allein im Monat März von 476 auf 348,6 vermindert werden konnten. Der Umlauf selbst verteilte sich:

	31. Dez.	29. Febr.	31. März
I. Papiermark			
Reichsbanknoten	493,5	557,9	689,9
Privatbanknoten	0,1	-	-
Reichsbanknotgeld	109	51,1	26,6
Genehmigtes Notgeld	2,3	1,4	1,0
Summe 607,9	640,4	717,5	
II. Münzen	-	5,8	25,5
III. Wertbeständig			
Rentenmark	1049,1	1563,8	1760,3
Goldanleihe	240	207,9	146,6
Reichsbanknotgeld	141,9	144,2	128,6
Goldanleihe Notgeld	234,7	71,4	50,4
Gesamtumlauf 2278,6	2683,5	2524,5	

Der Gesamtumlauf betrug 1913: 6070, jetzt man diese Summe gleich 100, dann ergeben sich für Dezember 37,46, für Februar 44,82 und für März 46,54 Prozent.

Der steigende Umlauf erklärt sich zum Teil aus den heftigen Kreditansprüchen, die sich aus folgender Zusammenstellung ergeben. Es wurden gewährt:

	8. Dezbr.	29. Febr.	31. März
Durch Rentenbank:			
an Reich	1300	1100	1100
an Wirtschaft	84	465	870
für den Giroverkehr (Post und Eisenbahn)	220	300	200
Summe 1454	1765	2170	
Durch Reichsbank:			
Wechsel	463,5	1285,1	1790,1
Dombard	136,8	196,6	124,6
Summe 600,3	1481,7	1914,7	

Die Krediterteilung hat seit dem 7. April bedeutend durch die Kreditbeschränkungen nachgelassen, außerdem trat durch die Golddiskontbank eine merkliche Entlastung ein. Gleichzeitig mit dem Geldumlauf und der Kreditnahme entwickelten sich die Umsätze im Giroverkehr (Guthaben des Reiches, Länder, Private usw.) der Reichsbank in steigender Richtung. Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Entwicklung:

	Geldumlauf	Guthaben	Abrechnungsverkehr
Jahresdurchschnitt 1913	6070	687,3	6186,2
1923 Dezember	2278,6	548	1604,4
Februar	2633,5	650,6	2270,4
März	2824,7	704,7	2386,0

Bei der Beurteilung dieser Zahlen sind die territorialen Abrechnungen und der zusammengeschrumpfte Güterverkehr in Betracht zu ziehen.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Felix Osterhaus; Reichsbank: Felix Osterhaus; und Sonstiges: Felix Osterhaus; Verlags: Fortwärtig-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin S.W. 68. Einbinderstraße 3.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät. nurbill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsh.
Teleph. Lichtenberg 3322

Eleg. Herren-Garderobe
in guter Verarbeitung und tadellosem Sitz
bei **3 Mark**
wöchentlicher Teilzahlung
Hofort
Central-Garderobenhaus
Weinmeisterstraße 3, 1.

Weigtola-Haarfarbe-Haus
Neuere Verfahren der Haarfarbung und Haarwuchsbekämpfung, sowie das Haar porös zu machen, mittels meines Haarerhaltungs-Apparates. Jedes verfarbte oder verbleichte Haar erhält wieder sein natürl. Aussehen. Separates Sprechzimmer.
W. Nettelbeckstr. 14.

Sehokoladen
in großer Auswahl!
Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer.
Paul Grindel,
Dirckenstr. 47, sehr billige Min.

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie **Blusen**
kaufen Sie am besten und billigsten **direkt vom Fabrikanten**
Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf
Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Zähne 1 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. 1. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummipolier v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Betäub. 1 G.-M. B. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weltgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Harvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzugler 10% Rabatt.

Reste-Haus C. Pelz
Kallischer Str. 5
Anzugstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Hüde
2% Rabatt!
Hecht
Tabak
Lindenstr. 81

Schalbreiter, Kantholz
Fußböden, Bohlen, Latten, Dachpappe, Zement Teer empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Joseph Riedel
Nutzholz- u. Baumaterialien-Handlg.
Bouchestraße 34.
Telephon: Moritzplatz 4496.

Geschlechtskranke
Behandlung von Syphilis, Gonorrhoe, Blasenentzündung, Wunden, Hauterkrankungen, harte Geschwülste, auch wo alles vergeblich war, durch **Phorosan** das neue deutsche Reife-Extrakt. tertiärst. geheilt. Viele Dankbriefe und Dankschreiben.
Gemeinnützige Arzt. Zeitung.
Phorosan & Seifenfabrik,
Votoweg 100, nahe Steglitzer Str.
Telephon 191, nahe Hallescher Tor.
Gesamt für Frauen und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Samst. 9-12

Metalbetten
Stahlmatt. K. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Kinderland 1924
Ein Buch für unsere Jungen und Mädel
Mit reichem Bilderdruck und verheißungsvollen Erzählungen - auch für die kleinen Mädchen des Buches. In jedem immer wieder gern in die Hand genommenes Geschenk.
Preis 1.- Mark
zu haben bei allen Zeitungs- und Buchhandlungen und in der
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3